

DIE WAHLEN IN TAIWAN

Yu - Hsi Nieh

Im November vorigen Jahres wurden in Taiwan die Mitglieder des Provinz-Parlaments, die des Parlaments der Sonderstadt Taipei, die der örtlichen Versammlungen sowie die Kreis- und Gemeinde-Oberamtleute bzw. Bürgermeister neu gewählt. Im Kommenden März finden außerdem noch die Wahlen für das Amt des Staatspräsidenten und dessen Stellvertreters statt.

Die Republik China, die seit 1950 nur noch auf der Insel Taiwan und einigen anderen kleinen Archipelen besteht, hat ein sehr seltsames Wahlsystem. 1947/48, als die nationalchinesische Regierung unter Chiang Kai-shek noch ihren Sitz in Nanking hatte, wurden zum ersten Mal die Nationalversammlung, das Gesetzgebungs- und Kontrollhaus und der Staatspräsident nach der neuen Verfassung von 1946 gewählt. Ein Jahr danach verlor die Kuomintang das chinesische Festland an die Kommunisten und sah sich gezwungen, ihren Regierungssitz nach Taiwan zu verlegen. Um jeden Zweifel an ihrem weiteren Anspruch auf die Vertretung für das ganze China auszuschließen, gibt es bislang auf der Insel neben der Provinzregierung immer noch die alte "Zentralregierung". Die drei genannten Häuser als Volksvertretungsorgane sind in fast dreißig Jahren noch nicht erneuert worden. Da aber nur ein Teil der 1947/48 gewählten Abgeordneten mit der Kuomintang-Regierung nach Taiwan geflüchtet war und ihre Zahl sich überdies noch ständig durch Tod und andere Ursachen vermindert hatte, wurden 1969 und 1972/73 einige neue Vertreter durch Zusatz- bzw. Ergänzungswahlen hinzugewählt. Regelmäßig haben bis jetzt nur die Präsidentschaftswahlen mit Einklang mit den ursprünglichen Bestimmungen der Verfassung stattgefunden. Das Staatsoberhaupt wird nicht direkt vom Volk, sondern von der Volksversammlung alle sechs Jahre gewählt.

Um die Unterstützung der Inselbewohner zu gewinnen, hat die Kuomintang-Regierung 1951 gleich nach ihrem Rückzug nach Taiwan die sogenannte "lokale Selbstverwaltung" eingeführt. Gewählt werden aber nur das Provinz-Parlament sowie die Regierungen und Volksvertretungsorgane unterhalb der Kreisebene. Der Provinz-Gouverneur wurde bislang stets von der Zentralregierung ernannt. Dazu war dies Amt früher immer mit einem Festlandchinesen, und zwar meistens einem General, besetzt. 1972 wurde erstmals ein einheimischer

Taiwan-Chinese, Hsieh Tung-min, Provinz-Gouverneur. 1966 bekam die Stadt Taipei den Status einer - direkt der Zentralregierung unterstellten - "Sonderstadt". Seitdem ist die Selbstverwaltung der Metropole ebenfalls auf die Wahl der Abgeordneten des Stadt-Parlaments und der Bezirksamts-hauptleute beschränkt. Der Oberbürgermeister wird - wie der Gouverneur der Provinz Taiwan - nicht mehr vom Volk gewählt, sondern von der Zentralregierung ernannt.

Nicht nur die Selbstverwaltung der Provinz Taiwan und die der Sonderstadt Taipei ist unvollständig, sondern auch die Wahlen der Amtshauptleute auf der unteren Regierungsebene in den Kreisen sowie die der Volksvertreter sind bislang nicht immer einwandfrei abgelaufen. Der Regierungspartei wurde in der Vergangenheit des öfteren Wahlmanipulation vorgeworfen. Man behauptet, daß z.B. Stimmzettel für die KMT-Kandidaten in einem besonderen Fach am Boden der Wahlurnen vorher versteckt worden seien oder daß die Wahlbeamten die Stimmzettel für andere Kandidaten der Opposition bei der Auszählung der Stimmen absichtlich mit Fingern und Stempelfarben verschmutzt und sie dann für ungültig erklärt hätten. Tatsächlich bekamen die nicht der KMT angehörenden Kandidaten häufig etliche Tausende von ungültigen Stimmen. Darüber hinaus wurden auch zahlreiche Kandidaten der Opposition oder ihre Mitarbeiter jeweils während des Wahlkampfes oder nach den Wahlen wegen ihrer für die Regierung unangenehmen Kritik verhaftet und vom Militärgericht des Garnisonshauptquartiers von Taiwan als Hochverräter oder kommunistische Agenten zu hohen Strafen verurteilt (1). Nur wenige sehr prominente und einflußreiche Oppositionspolitiker haben gelegentlich ausnahmsweise eine Wahl gewinnen können. Zu diesen Ausnahmen gehörte Kao Yü-shu, der als Oppositionspolitiker 1954 und 1964 zweimal zum Oberbürgermeister der Stadt Taipei gewählt worden war. Nach der Anhebung von Taipei zu einer Sonderstadt wurde er von der Regierung weiter zum Oberbürgermeister ernannt. 1972 trat er als Verkehrsminister in das Kabinett Chiang Ching-kuo ein, ist aber seit der letzten Regierungsumbildung im Juni 1976 nur noch Minister ohne Portefeuille. Der KMT gehört er zwar nach wie vor nicht an, zählt jedoch auch längst nicht mehr zu den Oppositionellen.

Eine gewisse Wende zeigt sich bei den letzten Wahlen vom November 1977. Die KMT hat erstmals ihre Monopolstellung verloren, obwohl sie noch 80% ihrer Kandidaten durchbringen konnte. Von den 20 gewählten Kreis-Oberamtsleuten (Hsien-chang) bzw. Bürgermeister (Shihchang) sind vier Parteilose. Auch im neuen Provinz-Parlament konnten die Oppositionellen 21 von 77 Sitzen behaupten. Von den 857 Sitzen der Volksvertretungsorgane auf Kreisebene entfielen 143 auf die nicht zur KMT gehörenden Kandidaten. Ferner sitzen nach den Wahlen acht oppositionelle Abgeordnete - neben 43 KMT-Mitgliedern - im Rathaus der Sonderstadt Taipei. Nur bei den Gemeindewahlen hat die Regierungspartei mit einem Erfolg von über 93% besser abschneiden können: 292 der insgesamt 313 neu gewählten Gemeinde-Oberamtsleute sind Mitglieder der KMT (2).

Wie schon früher häufig, waren kurz vor Beginn des Wahlkampfes angeblich etliche Jugendliche verhaftet worden. Zunächst hat die Regierung nur drei Namen bekanntgegeben. Sie wurden nach den Wahlen vom Militärgericht des Garnisonshauptquartiers von Taiwan als Angehörige einer Untergrundbewegung, die sich als "Volksbefreiungsfront" bezeichnet, zu lebenslänglichem bzw. 15 und 12 Jahren Zuchthaus, drei weitere im selben Prozeß zu drei Jahren Besserungsanstalt verurteilt (3). Zwar wurden die sechs Angeklagten in dem Urteil auch beschuldigt, die Störung der Wahlen durch heimliche Verbreitung von Flugblättern geplant zu haben, doch haben sie weder als Kandidaten noch als Mitarbeiter von irgendwelchen Kandidaten direkt oder indirekt an den Wahlen teilgenommen. Dagegen wurde ein junger Zahnarzt, der das Gerücht über die Beschmutzung von Stimmzetteln durch den Direktor eines Wahllokals in Umlauf gesetzt und damit große Unruhe in der Stadt Chungli, Kreis Taoyüan, hervorgerufen hatte, von einer normalen Strafkammer wegen falscher Zeugenaussage verklagt und bekam eine relativ milde Freiheitsstrafe von 18 Monaten mit dreijähriger Bewährung (4). Zehn weitere Jugendliche, die der Zerstörung eines Polizeigebäudes und mehrerer Fahrzeuge der Sicherheitstruppe während der Unruhen verdächtig sind, warten laut Pressemeldung ebenfalls auf einen zivilen Strafprozeß. Auch sie können mit mildereren Strafen rechnen. In einem andern Wahllokal desselben Kreises hat der Staatsanwalt Manipulationen festgestellt und sieben Wahlaufsichtspersonen angeklagt. Darüber hinaus hat die Kuomintang aus ihrer Niederlage bei den Wahlen die Konsequenz gezogen und eine Reihe von Personalveränderungen im Parteiapparat vorgenommen (5).

Auch auf der Seite der Opposition hat man die Wahlkampf-taktik gegenüber früher wesentlich verändert. Man vermied nämlich, die Regierung direkt zu provozieren, und beklagte statt dessen, daß die KMT die von ihr selbst verehrten "Drei Volksprinzipien" des Sun Yat-sen (Nationalismus, Demokratie und Volkswohlfahrt) bislang in Taiwan nicht in die Tat umgesetzt habe bzw. ihre Verwirklichung gar nicht beabsichtige. So wurde der Regierung kein Vorwand geliefert, die Kandidaten der Opposition als "Rebellen" oder "kommunistische Agenten" zu beschuldigen. Der neue Kreisoberamts-mann Hsü Hsin-liang und der neue Abgeordnete des Provinz-Parlaments Chang Chün-hung - zwei starke Figuren der

Opposition bei den letzten Wahlen - waren (wie noch andere parteiunabhängige Kandidaten der jüngeren Generation) ursprünglich Mitglieder der KMT gewesen. Sie sind aus der Partei ausgeschlossen worden oder aus Unmut ausgetreten.

Der entscheidende Punkt, der zu den relativ gerechten Wahlen beigetragen hat, ist offenbar aber der Einfluß der Außenpolitik des amerikanischen Präsidenten Carter in bezug auf die Menschenrechte. Seit Carters Amtsantritt bemüht sich die KMT-Regierung ständig, ihr Image hinsichtlich der Menschenrechte zu verbessern. Denn eine Fortsetzung der rücksichtslosen Unterdrückung von Politikern der Opposition in Taiwan könnte die USA veranlassen, die Aufgabe Taiwans zugunsten einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Washington und Peking noch zu beschleunigen.

Das größte Hindernis für die Praxis freier Wahlen sowie für die Ausübung von Menschenrechten ist nach wie vor der seit 20. Mai 1949 herrschende Belagerungszustand. Kraft des Notstandsgesetzes kann die Regierung jederzeit die Freiheit der Bürger einengen und politische Gegner vor Militärgerichte stellen. Die Gründung einer wirklichen Oppositionspartei ist bislang von der Regierung streng unterdrückt worden. Auch nach den Wahlen im November 1977 zeigt sich die Regierung nicht bereit, den Oppositionspolitikern dieses Recht einzuräumen. Die parteilosen Oppositionellen mußten und müssen auch weiterhin stets ohne gemeinsame Programme und jeder für sich den Wahlkampf bestreiten. Sie sind daher gegenüber der straff organisierten und finanziell starken Regierungspartei KMT benachteiligt. In den vergangenen Wahlen konnten sie allerdings von dem Mißmut eines Teils der Wähler über die Alleinherrschaft der KMT profitieren. Viele haben nur deshalb für die Oppositionskandidaten gestimmt, weil sie gegen die Regierung protestieren wollten.

Die Selbstverwaltung der Provinz Taiwan hat zwar bereits eine Geschichte von mehr als 27 Jahren hinter sich, doch fehlt es immer noch an einem dem Art. 112 der Verfassung der Republik China entsprechenden Selbstverwaltungsgesetz. Die Selbstverwaltung, soweit es sie überhaupt gibt, stützt sich lediglich auf Regierungsverordnungen. Nach Art. 113 der Verfassung soll der Gouverneur einer Selbstverwaltungsprovinz von der Bevölkerung gewählt werden. Die Forderung nach einer vollständigen Verwirklichung der Selbstverwaltung ist bisher bei der Regierung aber stets auf taube Ohren gestoßen. Nach der Wahlniederlage der KMT im November vorigen Jahres wird die Regierung die diesbezüglichen Überlegungen wahrscheinlich noch weiter in die Länge ziehen. Vor allen Dingen möchte sie verhindern, daß das Amt des Provinzgouverneurs durch Wahl in die Hände eines Oppositionspolitikers fällt.

Trotz allen Schwierigkeiten sind die Oppositionspolitiker in Taiwan durch das letzte Wahlergebnis sehr ermutigt worden. Ein alter Oppositioneller, Kuo Yü-hsin, der früher mehrmals als Abgeordneter zum Provinz-Parlament gewählt worden und 1975 bei den Wahlen für zusätzliche Mitglieder des Legislativhauses angeblich an der Manipulation der Regierungspartei gescheitert war (40.000 für ihn bestimmte Wahlstimmen wurden für ungültig erklärt!) (6), hat seine

Kandidatur für die Präsidentschaftswahl im März angekündigt (7). Das Zentralkomitee der KMT hat seinerseits auf der Zweiten Plenarsitzung vom 15. Februar offiziell den Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten Chiang Ching-kuo als Präsidentschaftskandidaten und Provinzgouverneur Hsieh Tung-min als Kandidaten für das Amt des stellvertretenden Staatspräsidenten aufgestellt (8). Die Nationalversammlung hat zur Zeit insgesamt 1248 Mitglieder; davon gehören 1067 der KMT, 63 der Jugendpartei und 37 der Demokratisch-Sozialen Partei an; 81 sind parteiunabhängig (9). Der Wahlsieg von Chiang und Hsieh ist schon sicher. Kuo kämpft wahrscheinlich auch nicht um einen Erfolg, sondern nur um die "Stimmung". Man ist gespannt, ob er überhaupt bei den Abgeordneten der Nationalversammlung die 100 Stimmen zusammenkriegen wird, die für eine Kandidatur zur Präsidentschaftswahl erforderlich sind.

Darüber hinaus warten die Oppositionspolitiker noch mit großem Interesse auf die Wahlen für die zusätzlichen Abgeordneten zum Legislativ- und Kontrollhaus sowie zur Nationalversammlung im Dezember 1978. Zahlreiche zusätzliche Abgeordnete der Nationalversammlung haben vorgeschlagen, daß man die insgesamt 53 zusätzlichen Sitze für die Nationalversammlung noch vor der Präsidentschaftswahl neu wählen solle. Andernfalls sollten sie - wie die übrigen Abgeordneten - ihre Mandate bis zur "Rückeroberung des Festlands" beibehalten.

FUSSNOTEN:

- 1) Vgl. dazu C.a. März 1976, S.76, Ü 54 u. Juli 1976, S.329, Ü 52
- 2) CJ 24.11.1977
- 3) Siehe dazu in diesem Heft S.18, Ü 58
- 4) Siehe dazu in diesem Heft S.17, Ü 57
- 5) Ebenda
- 6) Siehe dazu C.a. Februar 1976, S.19, Ü 64
- 7) FEER 27.2.1978, S.20
- 8) LH 16.2.1978
- 9) CJ 10.1.1978
